TECHNISCHE UNIVERSITÄT KAISERSLAUTERN

CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 27, No.11-12/2012

abgeschlossen am
18. Dezember 2012

Seite

1. Verhandlungsmarathon um Haushaltskonsolidierung **1**

2. Novellierung des Landwirtschaftsgesetzes weiterhin ungewiss **3**

3. Normalisierung der Handelsbeziehungen zu Russland beschlossen **4**

4. Schließung Guantanamos stößt weiterhin auf breite Ablehnung **5**

5. Die Präsidentschaftswahlen: Barack Obama setzt sich knapp durch **8**

6. Die Wahlen zum Repräsentantenhaus: Republikaner verteidigen Mehrheit **11**

7. Die Wahlen zum Senat: Leichte Zugewinne der Demokraten **13**

8. Die Gouverneurswahlen: Status quo bestätigt **15**

11-12/2012

1. Verhandlungsmarathon um Haushaltskonsolidierung

Nach dem Wahlsieg Präsident Barack Obamas (siehe Punkt 5) haben sich Präsident und Congress im November und Dezember 2012 erneut der mehrfach vertagten Aufgabe zugewandt, einen in beiden Kammern des Congress mehrheitsfähigen Kompromiss zum längerfristigen Abbau des Haushaltsdefizits auszuhandeln.

Dramatisiert werden die aktuellen Verhandlungen durch das so genannte „*Fiscal Cliff*“, die im Vorjahr im Zuge der Erhöhung der Verschuldungsobergrenze des Bundes für den Fall einer Nichteinigung ausgehandelten automatischen Kürzungen (vgl. Congress Report 26, 2011, Heft 7-9/2011, S. 2 ff. sowie 26, 2011, Heft 11-12, S. 1ff.) sowie das Auslaufen früher beschlossener Steuersenkungen und -vergünstigungen.

In dem 2011 von Präsident Obama und *Speaker* John A. Boehner (R-Ohio) persönlich ausgehandelten Kompromiss hatten sich Demokraten und Republikaner auf Budgeteinschnitte von knapp unter einer Billiarde USD geeinigt und weitere Kürzungen in Höhe 1,2 Bill. USD gefordert. Bei Nichterreichung der Kürzungsziele sind ab 2013 lineare Kürzungen in den Zivil- und Militärausgaben von jeweils 500 Mrd. USD bis 2021 vorgesehen.

Die auslaufenden Steuersenkungen betreffen vor allem die unter Präsident George W. Bush verabschiedeten Absenkungen der Steuersätze (vgl. Congress Report 16, 2001, Heft 6-7/2001, S. 4), aber auch die Anpassung der so genannten *Alternative Minimum Tax* (AMT) und die temporäre Teilaussetzung der Rentenversicherungsabgaben (*payroll tax cut*), die in den zurückliegenden drei Jahren aus konjunkturpolitischen Gründen beschlossen worden waren.

Demokraten wie Republikaner betonen wechselseitig ihre Verhandlungsbereitschaft und ihr Interesse daran, das „*Fiscal Cliff*“vermeiden zu wollen. Doch eine Einigung in dem von wechselseitigen Schuldzuweisungen geprägten Verhandlungspoker scheitert bisher daran, dass beide Seiten in entscheidenden Punkten nicht nachgeben wollen.

Präsident Barack Obama will, wie im Wahlkampf angekündigt (siehe Punkt 5), die unter Präsident Bush beschlossenen Senkungen für Einkommen über 250.000 USD Jahreseinkommen auslaufen lassen und insgesamt 1,6 Billionen USD mehr Steuern in den kommenden zehn Jahren erheben.

Für die republikanische Fraktion im Repräsentantenhaus unter *Speaker* Boehner ist die Erhöhung von Steuersätzen allerdings eine Art Sakrileg. Unter dem Eindruck der öffentlichen Meinung, die Präsident Obamas Position favorisiert, hat *Speaker* Boehner in seinem Eröffnungsangebot zu den Verhandlungen über das „*Fiscal Cliff*“ Steuermehreinnahmen in Höhe von 800 Mill. USD zugestimmt. Diese sollen durch die Begrenzung von Steuergutschriften erzielt werden.

Congress Report, ISSN 0935 – 7246 - http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report -
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

Im Gegenzug hierzu fordern die Republikaner echte Ausgabenkürzungen, insbesondere Strukturreformen in den Sozialprogrammen. Ein Vorschlag, der die Zielvorstellungen der Republikaner verdeutlicht, ist die Anhebung des Anspruchsalters für das die Rentenversicherung OASDI (*Old Age, Survivors, and Dependents Insurance*) begleitenden Krankenversicherungsprogramms *Medicare* von 65 auf 67 Jahre.

Solche Strukturreformen sind wiederum für die Mehrheit der liberalen Demokraten eine Art „heilige Kuh". Ihre Vorstellungen zielen vielmehr darauf ab durch Kürzungen etwa in den Leistungsvergütungen oder durch höhere Beiträge für besser gestellte Senioren Einsparungen zu erzielen.

Beide Seiten haben mit Nachbesserungen zum Volumen von Steuermehreinnahmen und Ausgabenkürzungen ihre Verhandlungsbereitschaft signalisiert, zugleich aber ihre Vorwürfe über die unrealistischen Vorschläge der jeweils anderen Seite erneuert.

Beobachter gehen angesichts der starken Erwartungshaltung der Öffentlichkeit zugunsten einer Einigung wie den erwarteten stark negativen Folgen von generellen Steuererhöhungen (z.B. Ausgabenkürzungen nach der „Rasermäher-Methode) für die Konjunktur davon aus, dass sich die Parteien letztendlich auf einen Kompromiss einigen werden.

Zudem spricht der Vorteil der Obama-Administration mit Blick auf die öffentliche Meinung beim Thema Steuererhöhungen und deren Ausgestaltung als Teil des Konsolidierungspakets dafür, dass die Republikaner ihre Intransigenz aufgeben werden. Präsident Obama hat seinerseits die Bereitschaft zu einem Einlenken in Fragen der Ausgabenkürzungen im Sozialbereich bereits öffentlich erklärt.

Die schleppenden Zugeständnisse und die Vorwürfe an die jeweils andere Seite dienen unter anderem auch dem Zweck, die jeweils eigene Basis zu beeindrucken und zu befrieden.

Bemerkenswert ist nicht nur, dass Präsident Obama auf der Seite der Demokraten ein hinreichendes Vertrauenspotenzial besitzt, um die Verhandlungen zu einem Abschluss zu führen. Überraschend ist vielmehr, dass es *Speaker* Boehner offensichtlich gelungen ist, die republikanische Fraktion im Repräsentantenhaus, die alles andere als kompromissbereit ist, hinter sich zu scharen.

Doch selbst wenn eine Einigung mit Blick auf die möglichen wirtschaftlichen Folgen und die Erwartungshaltung der Öffentlichkeit zu erwarten ist, kann sie nach dem bisherigen Stand der Verhandlungen nicht als sicher gelten.

Die Republikaner haben in den letzten Jahren wiederholt ihre Bereitschaft zu hohen Einsätzen im Politpoker demonstriert. Präsident Obama scheint nun wiederum nach seinem Wiederwahlerfolg nicht mehr gewillt, sich von der Opposition in die Enge treiben zu lassen.

Congress Report, ISSN 0935 – 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

Aber selbst wenn eine Einigung in den kommenden Tagen erreicht wird, werden die Verhandlungen über die Details des Kompromisspakets noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Derzeit scheint das „best case scenario“ zu sein, dass bis kurz vor Weihnachten ein Kompromiss verkündet wird, der dann bis kurz vor Jahresende finalisiert und verabschiedet wird.

Sollten die Verhandlungen jedoch scheitern, ist nicht unbedingt mit einem „Doomsday-Szenario“ zu rechnen. Ab dem 3. Januar 2013 können sich Demokraten und Republikaner, wenn sie es denn politisch wollen, erneut um eine Abwendung des fiskalpolitischen Desasters bemühen.

Die dann eingetretenen Steuererhöhungen für alle Einkommensgruppen sowie die drohenden Ausgabenkürzungen im zivilen und im militärischen Bereich dürften im Zusammenspiel mit dem Unmut der Öffentlichkeit über die Parteien und den Congress den nötigen Verhandlungsspielraum für eine Einigung eröffnen. Der vermutliche Gewinner wäre in diesem Fall Präsident Barack Obama, dessen Verhandlungsstrategie am besten auf die Präferenzen der Öffentlichkeit abgestimmt zu sein scheint.

2. Novellierung des Landwirtschaftsgesetzes weiterhin ungewiss

Die Novellierung des Landwirtschaftsgesetzes (*Farm Bill*) steht auch in der „*lame duck session*“ des 112. Congress, der Sitzungsperiode nach den Wahlen im November 2012 (siehe Punkt 6 und 7), weiterhin in Frage.

Das Landwirtschaftsgesetz von 2008 lief Ende September 2012 aus, ohne dass sich Senat und Repräsentantenhaus auf eine Fortschreibung einigen konnten (vgl. Congress Report 27, 2012, Heft 9-10/2012, S. 6).

Das wichtigste Hindernis für einen Kompromiss waren Widerstände vor allem fiskalkonservativer Republikaner, die Kürzungen der stark angewachsenen Ausgaben für Lebensmittelbeihilfen für einkommensschwache Familien (*„food stamps“)* ablehnen.

Die aktuelle Vorlage des Landwirtschaftsausschusses des Senats sieht in den nächsten zehn Jahren Einsparungen von 23 Mrd. USD vor, die des zuständigen Ausschusses des Repräsentantenhauses 35 Mrd. USD.

Ungeachtet der Stärke der Agrarlobby und der drohenden Konsequenzen für die Landwirtschaft ist bisher keine Verhandlungslösung greifbar.

Wird das Gesetz nicht novelliert, treten automatisch die längst überholten Bestimmungen des Landwirtschaftsgesetzes von 1949 wieder in Kraft, mit unabsehbaren Folgen für Landwirte und Verbraucher. Beispielsweise rechnen Beobachter mit einer Ver-

Congress Report, ISSN 0935 – 7246 - http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report -
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

dopplung der Preise für Milchprodukte.

Wenn sich die Ausschüsse von Repräsentantenhaus und Senat nicht auf eine Verhandlungslösung einigen können, besteht die Möglichkeit, dass die *Farm Bill* gegebenenfalls im Rahmen eines Kompromisses zum Defizitabbau und zur Verlängerung auslaufender Steuererleichterungen verabschiedet wird (siehe Punkt 1).

Sollte auch diese Variante fehlschlagen, gilt es als wahrscheinlich, dass sich die Kontrahenten mit einer temporären Verlängerung Zeit für weitere Verhandlungen einräumen.

3. Normalisierung der Handelsbeziehungen zu Russland beschlossen

Repräsentantenhaus und Senat haben die permanente Normalisierung der Handelsbeziehungen („Permanent Normal Trade Relations“, PNTR) zu Russland beschlossen und Präsident Obama das Gesetz (H.R. 6156) zur Unterschrift übermittelt (vgl. Congress Report 27, 2012, Heft 9-10, S. 10). Für den so genannten „Russia and Moldova Jackson-Vanik Repeal and Sergei Magnitzky Rule of Law Accountability Act” stimmte das Repräsentantenhaus am 16. November 2012 mit 365:43 Stimmen. Der Senat schloss sich am 6. Dezember mit 92:4 Stimmen an.

Sowohl Präsident Obama als auch die amerikanische Chemie-, Automobil-, Flugzeugbau- und Agrarmaschinenindustrie hatte auf schnelle Normalisierung der Handelsbeziehungen zu Russland gedrängt, um keine Wettbewerbsnachteile im schnell wachsenden Exportmarkt nach Russland zu haben. Russland war im August Mitglied der Welthandelsorganisation geworden.

Der Congress hat mit seiner Entscheidung das *Jackson-Vanik-Amendment* zum Handelsgesetz von 1974 aufgehoben (19 USC § 2432), mit dem die amerikanische Legislative den Handel mit der damaligen Sowjetunion an die Ausreisefreiheit sowjetischer Staatsbürger knüpfte.

Der Congress hält im Rahmen von PNTR mit Russland fest: „The Russian Federation allows its citizens the right and opportunity to emigrate, free on any heavy tax on emigration or on the visas or other documents required for emigration and free of any tax, levy, fine, fee, or other charge on any citizens as a consequence of the desire of those citizens to emigrate to the country of their choice“ (Abschnitt 101, H.R. 6156).

Nachdem das Repräsentantenhaus in seiner Vorlage zur Handelsnormalisierung mit Russland ausdrücklich die Bedeutung von Menschenrechtsbestimmungen unterstrichen hatte, schloss sich der Senat schließlich an und beide Kammern fügten dem Gesetz in den Abschnitten 401 und 402 den „Sergei Magnitzky Rule of Law Accountability Act of 2012“ an. Magnitzky war ein russischer Anwalt, der im Rahmen seines

Congress Report, ISSN 0935 – 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

Kampfes für die Menschenrechte 2009 in russischer Untersuchungshaft unter ungeklärten Umständen den Tod fand.

Im Rahmen der PNTR mit Russland unterstreicht der Congress in Abschnitt 402 (3) des Gesetzes: „Human rights are an integral part of international law, and lie at the foundation of the international order. The protection of human rights, therefore, particularly in the case of a country that has incurred obligations to protect human rights under an international agreement to which it is a party, is not left exclusively to the internal affairs of that country".

Der Congress hebt hervor, dass Magnitzkys Verhaftung unrechtmäßig war und dass er in Untersuchungshaft von Angehörigen des Innenministeriums schwer misshandelt wurde, nachdem er mehrere schwere Korruptionsfälle in Russland aufgedeckt hatte.

Der Congress hält in diesem Zusammenhang fest: „It is the sense of Congress that the United States should continue to *strongly support, and provide assistance to the efforts of the Russian people to establish a vibrant democratic political system* that respects individual liberties and human rights, including by enhancing the provision of objective information through all relevant media, such as Radio Liberty and the internet" (Abschnitt 402 b; H.R. 6156; Hervorhebung durch die Redaktion).

Präsident Obama wird aufgefordert, dem Congress binnen 120 Tagen nach Inkrafttreten des Gesetzes eine Liste mit jenen Personen vorzulegen, die er für die Inhaftierung, Misshandlung und den Tod von Sergey Magnitzky verantwortlich macht. Die Vermögenswerte dieser Personen in den USA sollen eingefroren und ihre Aufenthaltsgenehmigungen in den USA annulliert werden.

Allerdings gesteht der Congress dem Präsidenten das Recht zu, diese Bestimmungen auf Grund von „nationaler Sicherheitsinteressen der USA" außer Kraft setzen zu können. Man darf deshalb gespannt sein, ob und wann die amerikanische Legislative Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der Normalisierung der Handelsbeziehungen mit Russland wirklich sanktionieren wird, oder ob es sich bei dem Gesetz eigentlich eher um eine „Jobs Bill" handelt, wie der Republikaner Kevin Brady (Texas) im Repräsentantenhaus ohne Umschweife anmerkte.

4. Schließung Guantanamos stößt weiterhin auf breite Ablehnung

Im Congress stößt die Schließung des umstrittenen Gefangenenlagers der USA in *Guantanamo Bay* (Kuba) weiterhin auf breite Ablehnung. Der Senat hat in diesem Zusammenhang in seiner Vorlage zum *National Defense Authorization Act* (NDAA) 2013 am 4. Dezember 2012 festgehalten, dass im Haushaltsjahr 2013 keine Mittel eingesetzt werden dürfen, des Terrorismus verdächtige Gefangene (so genannte „Detainees") aus *Guantanamo* in die USA zu verlegen. Die Verabschiedung des NDAA 2013 im Senat (S. 3254) erfolgte mit 98:0 Stimmen.

Congress Report, ISSN 0935 – 7246 - http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report -
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

In den USA liegt die Budgethoheit nach Artikel I, 8, der amerikanischen Verfassung von 1787 in den Händen der Legislative, die jährlich über die Mittelanforderungen der Exekutive für die Arbeit der verschiedenen Bundesbehörden entscheidet. Zu unterscheiden ist zwischen der Haushaltszuweisung zum einen der Sache nach („Authorizations“) und zum anderen der Höhe nach („Appropriations“), wobei beide Kammern zunächst jeweils ihre 13 Haushaltsvorlagen verabschieden, bevor diese dann zwischen beiden Kammern im Vermittlungsausschuss synchronisiert werden.

Mit Blick auf den Umgang mit Gefangenen in *Guantanamo Bay* heißt es in der Vorlage zum NDAA 2013 des Senats im Untertitel D „Counterterrorism“ in Abschnitt 1032 wörtlich:

„No authorized to be appropriated funds may be used to transfer, release or assist in the transfer or release to or within the United States, its territories, or possessions of Khalid Sheihk Mohammend *or any other detainee* who – (1) is not a United States citizen or a member of the Armed Forces of the United States and (2) is or was held on or after January 20, 2009, at the United States Naval Station, Guantanamo Bay, Cuba, by the Department of Defense (Hervorhebung durch die Redaktion).”

Der Senat nimmt in seiner Entscheidung (Sec. 1031) ausdrücklich Bezug auf den „National Defense Authorization Act 2012“ (*Public Law* 112-81; 125 Stat. 1566), mit dem der Congress im Vorjahr die Verlegung von „Detainees“ aus *Guantanamo* in die USA und die Schließung des Gefangenenlagers untersagt hatte (vgl. Congress Report 26, 2011, Heft 11-12, S. 9 ff).

Die Senatsentscheidung deckt sich mit der Vorlage des Repräsentantenhauses zum NDAA 2013 (H.R. 4310), die im Mai 2012 verabschiedet wurde. Dort heißt es in Abschnitt 1036: „This section would prohibit the Secretary of Defense from using funds available to the Department of Defense for fiscal year 2013 to transfer or release detainees at U.S. Naval Station, Guantanamo Bay, Cuba, to or within the United States, its territories, or possessions.”

In Abschnitt 1038 hat das Repräsentantenhaus darüber hinaus folgendes festgehalten: “This section would *prohibit the Secretary of Defense* from using any of the funds available to the Department of Defense for fiscal year 2013 *to modify or construct any facility in the United States, its territories, or possessions to house any detainee transferred from U.S. Naval Station, Guantanamo Bay, Cuba*, for the purpose of detention or imprisonment in the custody or under the effective control of the Department of Defense (Hervorhebung durch die Redaktion).”

Präsident Obama hatte schon bei seinem Amtsantritt 2009 verfügt, dass *Guantanamo* innerhalb eines Jahres, also bis Januar 2010, geschlossen werden sollte, nur um dann feststellen zu müssen, dass der Congress nicht bereit war, seinem Politikwechsel in diesem Bereich zu folgen. Obama wollte die „Detainees“ aus *Guantanamo* in Hoch-

Congress Report, ISSN 0935 – 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

sicherheitsgefängnisse in den USA verlegen und vor zivilen Strafgerichten anklagen lassen.

In *Guantanamo* waren nach den Terroranschlägen des 11. September von der Bush-Administration im Jahr 2002 zunächst 632 so genannte „enemy combatants“, im darauf folgenden Jahr dann weitere 117 Terrorismusverdächtige und bis 2008 noch 30 weitere *Detainees* inhaftiert worden. Diesen insgesamt 779 Gefangenen wurden sowohl Rechte nach der Genfer Konvention als auch der amerikanischen Verfassung vorenthalten. Gegenwärtig befinden sich noch 166 Gefangene in *Guantanamo*, die dort zum Teil schon seit 2002 festgehalten werden und zum Teil schwersten Misshandlungen und organisierten Folterpraktiken ausgesetzt wurden (vgl. Congress Report 23, 2008, Heft 11-12, S. 4 ff.).

Das Gefangenenlager gilt als Symbol für eine fehlgeleitete amerikanische Politik im Kampf gegen den internationalen Terrorismus nach dem 11. September 2001, die das Kriegsvölkerrecht ebenso ignorierte wie das in der amerikanischen Verfassung verbriefte Recht auf richterliche Haftprüfung („habeas corpus“).

Die mit *Guantanamo* verknüpfte Politik doppelter Menschenrechtsstandards wurde von Präsident Obama, der sich um die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Weltführungsrolle sorgte, nach seiner Amtsübernahme 2009 heftig kritisiert. So hatte das Bekanntwerden der Folterpraktiken in *Guantanamo* eine schwere Legitimitätskrise amerikanischer Weltpolitik nach innen wie nach außen ausgelöst. Obama prangerte nach seiner Amtsübernahme die falsche Wahl zwischen „unseren Idealen und unserer Sicherheit“ im Kampf gegen den internationalen Terrorismus an und wollte das Gefangenlager in *Guantanamo* möglichst schnell geschlossen sehen, um im Sinne einer klugen Außenpolitik die Glaubwürdigkeit der USA als einer sich den Menschenrechten und demokratischen Normen sehr verpflichtet sehenden Nation zu stärken.

Die Schließung von *Guantanamo* stieß allerdings von Anfang an sowohl bei den Republikanern als auch den Demokraten im Congress auf heftige Gegenwehr, der Präsident wiederum setzte in seiner ersten Amtszeit dieser wenig Führung entgegen. Schließlich verfügt er mit seinem Vetorecht über ein verfassungsrechtlich scharfes Instrument, um sich der Legislative gegebenenfalls politisch entgegenzustellen.

Obama, der im Präsidentschaftswahlkampf 2012 noch einmal seine Absicht betont hat, *Guantanamo schließen* zu wollen, hat gegenüber den Vorlagen beider Kammern des Congress zum NDAA 2013 perspektivisch sein Veto angekündigt.

Der Vermittlungsausschuss zum NDAA 2013 zwischen beiden Kammern hat am 13. Dezember 2012 seine Arbeit aufgenommen. Kontrovers zwischen den Vermittlungsführern von Repräsentantenhaus und Senat dürfte in diesem Zusammenhang aber nicht der Umgang mit dem Gefangenenlager *Guantanamo* sein. Hier herrscht Einigkeit in beiden Kammern (und zwischen den Parteien) die Einrichtung keinesfalls schließen zu wollen.

Congress Report, ISSN 0935 – 7246 - http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report -
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

Senator Lindsey Graham (R-South Carolina) hat in diesem Zusammenhang folgende, weit verbreitete Position bezogen: „Simply stated", so der Senator, „the American people don't want to close Guantanamo Bay, which is an isolated, military-controlled facility, to bring these crazy bastards that want to kill us all in the United States". "Most Americans", so Graham weiter, "believe that the people at Guantanamo Bay are not some kind of burglar or bank robber. They are bent on our destruction. And I stand with the American people that we're under siege, we're under attack and we're at war".

Umstritten dürfte im Vermittlungsausschuss vielmehr der Umgang mit einem Zusatz („Amendment") sein, der im Senat auf Betreiben von Dianne Feinstein (D-California) in die Vorlage der Kammer zum NDAA 2013 mit 67:29 Stimmen eingefügt wurde. Danach soll es künftig untersagt sein, Terrorismusverdächtige, die in den USA leben, beziehungsweise amerikanische Staatsbürger sind, auf unbestimmte Zeit und ohne Anklage festzuhalten.

Wörtlich heißt es in der Vorlage des Senats (Section 1033): „An authorization to use military force, or any similiar authority shall *not authorize the detention without charge or trial* of a citizen or lawful permanent resident of the United States apprehended in the United States, unless an Act of Congress *expressly* authorizes such detention (Hervorhebung durch die Redaktion)."

Kritiker des Zusatzes, der in der Vorlage des Repräsentantenhauses zum NDAA 2013 nicht enthalten ist, befürchten, dass die Formulierungen im Feinstein-*Amendment* des Terrorismus verdächtige *„Non-Citizens"*, die im Zusatz nicht erwähnt werden, sehr wohl zum Ziel von Inhaftierungen ohne Anklage und auf unbestimmte Dauer machen könnten. Sie drängen daher auf eine Streichung der Formulierung und sehen sich dabei von Organisationen wie *Amnesty International*, dem *Center for Constitutional Rights* und der *American Civil Liberties Union* unterstützt.

5. Die Präsidentschaftswahlen: Barack Obama setzt sich knapp durch

Präsident Barack Obama hat sich in den Wahlen am 6. November 2012 mit einem zwar knappen, aber eindeutigen Sieg gegen seinen republikanischen Herausforderer Mitt Romney durchgesetzt.

Präsident Obama erhielt annähernd 65 Millionen Stimmen oder 51 Prozent, Mitt Romney knapp 61 Millionen Stimmen oder 48 Prozent. Obamas Mehrheit im *Electoral College*, dem Gremium der Wahldeputierten der Einzelstaaten, fiel mit 332 Stimmen zu 206 für Romney ungleich größer aus.

Die Wiederwahl Barack Obamas kann in zweifacher Hinsicht als historisch charakterisiert werden. Zum einen wurde der erste schwarze Präsident der USA im Amt bestätigt

Congress Report, ISSN 0935 – 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

und damit das Signal für den Aufbruch in eine politische Ära ohne harte ethnische Barrieren bekräftigt.

Zum anderen sichert die Wiederwahl Obamas die unter seiner Ägide durchgesetzte Gesundheitsreform für die nähere Zukunft und hat die Chancen einer Rücknahme durch die republikanische Opposition drastisch vermindert. Das Jahrhundertprojekt des Aufbaus eines sozialen Sicherungsnetzes seit Theodore Roosevelt (R, 1901-1909) und Franklin D. Roosevelt (D, 1933-45) ist damit zumindest in rudimentärer Form umgesetzt.

Der Vergleich mit der Wahl 2008 lässt allerdings schnell deutlich werden, dass 2012 weniger ein glänzender Erfolg als vielmehr ein hart erkämpfter Arbeitssieg war. Präsident Barack Obama erhielt im *Electoral College* 33 Stimmen weniger als 2008, weil er zwei Staaten und einen Distrikt in Nebraska verlor. Darüber hinaus ging die absolute Zahl der Wählerstimmen für Obama um ca. 4 Mill. Stimmen zurück, ungeachtet der leicht gewachsenen Bevölkerung.

Die Demokraten konnten zudem in beiden Kammern des Congress Sitzzugewinne verbuchen (siehe Punkt 6 und 7). Das Repräsentantenhaus bleibt jedoch unter der Kontrolle der Republikanischen Partei. Mit Blick auf die Machtverteilung auf nationaler Ebene gelang Präsident Barack Obama damit wie George W. Bush 2004 kaum mehr als eine mühsame Verteidigung des Status Quo angesichts widriger politischer Umstände.

Das für die Demokraten schwierige politische Umfeld bestimmte vor allem die nur schleppende Erholung der US-Ökonomie seit der tief greifenden Wirtschaftskrise von 2008/09. Die nominelle Arbeitslosenquote von knapp unter 8 Prozent (in etwa auf gleichem Niveau wie zu Beginn der ersten Amtszeit) bringt die verbreitete Unzufriedenheit der Öffentlichkeit auf einen griffigen Nenner.

Vor diesem Hintergrund konnte der frühere Gouverneur von Massachusetts und überaus erfolgreiche Geschäftsmann Mitt Romney mit seiner ausgewiesenen Kompetenz in Wirtschafts- und Finanzfragen zunächst als Traumkandidat erscheinen.

Zum einen rückte der zuvor als gemäßigt konservativ bekannte Romney im Vorwahlkampf seiner Partei jedoch weit nach rechts. Mit kompromisslosen Positionen etwa in der Immigrationspolitik und sozialmoralischen Fragen (Abtreibung, Gleichstellung von homosexuellen Menschen) versuchte der frühere Gouverneur sich als „harter Konservativer“ („*severe conservative*“) auszuweisen und so seine Nominierung zu sichern.

Zum anderen versuchte Obamas Wahlkampfteam frühzeitig Mitt Romneys geschäftliche Erfolgsstory, genauso wie schon dessen innerparteiliche Kontrahenten, gegen ihn zu wenden. Der Super-Unternehmer und -Investor wurde als herzloser Beutekapitalist charakterisiert, dessen Profitinteresse die Belange der Arbeitnehmer und der Mittelschicht insgesamt vernachlässigt.

Congress Report, ISSN 0935 – 7246 - http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report -
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

Relativ spät, im Kontext der drei öffentlichen Debatten zwischen den beiden Kandidaten, konterte Romney mit einer scharfen Wendung zur politischen Mitte. Dies bescherte ihm zwar einen deutlichen Stimmenzugewinn und in einigen Umfragen sogar eine leichte Führung (vgl. Congress Report, 26, 2011, Heft 9-10, S. 16). Doch gute Wirtschaftsnachrichten im September und Oktober 2012 und der Hurrikan „Sandy" bremsten Romneys Aufholjagd aus.

Im Endspurt erwies sich Obamas Wahlkampforganisation als weit überlegen. Mit einer in dieser Art bisher noch nicht praktizierten Form der Vernetzung, Informationsbereitstellung und zielgenauer Kontaktaufnahme („*micro targeting*") gelang Obamas Team eine Wählermobilisierung, die die Erwartungen seines Kontrahenten und unabhängiger Beobachter deutlich überstieg.

Dies genügte, um in fast allen der verbliebenen neun so genannten „*battleground states*", den noch umkämpften Einzelstaaten meist im Mittelwesten und an der Ostküste, einen knappen Punktsieg für Obama zu gewährleisten. Nur in North Carolina gelang Romney noch ein Durchbruch.

Die Gesamtausgaben der beiden Kampagnen sowie unabhängiger Organisationen („Super PACs"), die direkt in den Wahlkampf eingriffen, lagen bei ca. 2 Billionen USD. Beide Seiten verfügten über annährend gleiche Finanzmittel.

Ungeachtet der organisatorischen Meisterleistung verlor Obama jedoch gemäß den „*exit polls*", den Umfragen unter Wählern, in nahezu allen gesellschaftlichen Gruppen zwischen ein bis vier Prozent Zuspruch. Selbst unter schwarzen Wählern verlor der Präsident leicht (-2 Prozent). Nur unter *Hispanics* (+4 Prozent), Wählern mittel- und südamerikanischer Herkunft, und *Asians* (+11 Prozent) konnte er sichtbare Zugewinne verbuchen.

Damit hat sich an den bekannten Wählerkoalitionen der Parteien wenig verändert, wenngleich die Konturen 2012 noch klarer akzentuiert sind.

Die demokratische Koalition ist deutlich jünger, weiblicher, urbaner und säkular, mit klaren Mehrheiten in den unteren Einkommensgruppen und disproportional großen Anteilen unter den Minoritätengruppen.

Die republikanische Koalition ist entsprechend in der Tendenz älter, männlicher, weiß, vorstädtisch-ländlich und religiöser mit klaren Mehrheiten in den oberen Einkommensgruppen.

Vor dem generellen Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung, die von einem relativ starken Zuwachs unter den Minoritäten, insbesondere den *Hispanics*, sowie dem kontinuierlichen Generationswechsel geprägt sind, sehen sich die Demokraten mittel- und langfristig stark im Vorteil.

Congress Report, ISSN 0935 – 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

Unter den Republikanern hat dagegen das schlechte Abschneiden unter *Asians* wie *Hispanics* zu lauten Rufen nach einem positiveren Auftreten gegenüber Minderheiten und inhaltlichen Kurskorrekturen vor allem in der Einwanderungspolitik geführt.

Für die Demokraten markiert das schwache Abschneiden in der weißen Mittelschicht, unter Männern und verheirateten Frauen ein ebenso großes Warnzeichen. Die weiße Bevölkerung stellt auf absehbare Zeit die größte Wählergruppe und Loyalitäten unter ökonomisch schwächeren Gruppen können sich bei einem gesellschaftlichen Aufstieg schnell abschwächen oder sogar aufbrechen.

Mit Blick auf die zweite Amtszeit von Barack Obama lassen Wahlkampf und Wahlergebnis nur wenige Impulse erkennen. Nur das Thema der wirtschaftlichen und steuerpolitischen Fairness kann ansatzweise als ein von den Wählern ausgesprochenes Mandat für Präsident Obama gedeutet werden (siehe Punkt 1). Das schlechte Abschneiden der Republikaner unter Minoritäten könnte neue Chancen für die Immigrationspolitik eröffnen.

Insgesamt hat das Wahlergebnis mit geringen Gewichtsverschiebungen den machtpolitischen Status Quo zementiert und der harte Wahlkampf hat die parteipolitische Polarisierung alles andere als abgemildert.

Positive Vorzeichen setzt allerdings der Umstand, dass Obamas Wiederwahl republikanische Versuche einer gezielten Delegitimierung des Präsidenten und seiner Politik *ad absurdum* geführt hat und die Fortsetzung einer persönlichen Dauerkampagne gegen ihn nun politisch sinnlos ist.

Umgekehrt kann sich Präsident Obama, der nicht mehr zur Wiederwahl antreten kann, in seiner zweiten Amtszeit freier bewegen und in Fragen, die ihm wichtig sind, von einer gestärkten persönlichen Position aus auf die Republikanische Partei zugehen.

6. Die Wahlen zum Repräsentantenhaus: Republikaner verteidigen Mehrheit

Im Repräsentantenhaus haben die Republikaner ihre 2010 errungene Mehrheit (vgl. Congress Report, 25, 2010, Heft 11-12, S. 11 ff.) verteidigen können. Sie büßten lediglich acht Sitze ein und können mit einer Mehrheit von 234 Stimmen in die 113. Legislaturperiode starten, die am 3. Januar 2013 beginnen wird.

Für eine Mehrheit bedarf es im Repräsentantenhaus 218 Stimmen, über welche die Republikaner damit in der nächsten Legislaturperiode rechnerisch verfügen werden. Allerdings setzt dies voraus, dass die republikanische Fraktion der Führung um *Speaker* John Boehner (R-Ohio) größtenteils folgt. Das ist angesichts der Friktionen zwischen Boehner und den Fraktionsmitgliedern, die der *Tea Party* nahe stehen, aber keineswegs sicher.

Congress Report, ISSN 0935 – 7246 - http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report -
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

Zwar sind einige der *Tea Party*-Bewegung nahestehende Republikaner abgewählt worden. Dazu zählen Sandy Adams (Florida), Ann Marie Buerkle (New York), Chip Cravaack (Minnesota), Frank Guinta (New Hampshire) und Joe Walsh (Illinois). Gleichzeitig sind aber Dutzende fiskalkonservative, der *Tea Party*-Bewegung nahestehende Republikaner, die in den *Midterm Elections* 2010 in das Repräsentantenhaus eingezogen waren, in ihrem Amt bestätigt worden. Dazu gehören beispielsweise Justin Amash (R-Michigan) und Mike Coffman (R-Colorado). Außerdem sind neue *Tea Party*-Kandidaten wie Keith Rothfus (R-Pennsylvania) oder Ann Wagner (R-Missouri) gewählt worden.

Sitzverteilung im Repräsentantenhaus des U.S. Congress (Stand Anfang Dezember 2012)

	112. Congress	**113. Congress**
Republikaner	240	234 (- 8 Sitze)
Demokraten	190	200 (+ 8 Sitze)
Vakant	5*	1**
Insgesamt	435	435

* Fünf Sitze *vakant*, davon *zwei der Republikaner* und *drei der Demokraten*
** Der Demokrat Jesse Jackson (2nd District Illinois) ist am 21.11.2012 zurückgetreten

Von den über sechzig der *Tea Party*-Bewegung nahestehenden Mitgliedern der Republikanischen Mehrheitsfraktion im Repräsentantenhaus, die gegen jeden Kompromiss mit dem Präsidenten im Umgang mit der Staatsschuldenkrise und in der Steuerpolitik sind (vgl. auch Punkt 1), wurden mehr als fünfzig wiedergewählt.

Speaker John Boehner (R-Ohio) kann zwar einen Kompromiss mit dem Präsidenten in der Steuer- und Haushaltspolitik suchen. Ob ihm dabei aber die Mitglieder des *Republican Study Committee*, in dem vor allem sehr konservative Republikaner vertreten sind, folgen werden, ist fraglich.

Gleichwohl betonen Speaker Boehner und sein *Majority Leader* Eric Cantor (R-Virginia) die Möglichkeit des Kompromisses. „The President cannot demand that every issue is resolved his preferred way“, schrieb Cantor den Mitgliedern seiner Fraktion nach der Wahl, und fügte hinzu: „After all, the President may have been re-elected, but so was our majority. Likewise, we cannot expect that every issue will be resolved the way we prefer.”

Fraktionskollegin Lynn Westmoreland (R-Georgia), Mitglied des *Republican Steering Committee*, präsentierte eine andere Lesart der Konstellation innerhalb der republikanischen Mehrheitsfraktion im 113. Congress. „*There is not 218 at all*“, so Westmoreland, die dann weiter ausführte: „I think that’s something that the leadership will

Congress Report, ISSN 0935 – 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

have to make up their mind on. 'Hey. Look, are we going to make a deal and pass it with Democratic votes? Or are we going to make a deal where we can get (…) Republicans and go ahead with that and make a stand?' (Hervorhebung durch die Redaktion)."

Speaker Boehner steht damit vor einem Dilemma. Einerseits wird er die parteipolitische Profilierung seiner Mehrheitsfraktion im Auge behalten wollen, auch mit Blick auf die Zwischenwahlen („Midterm Elections") 2014. Andererseits wird er nicht den Eindruck von Obstruktions- und Blockadepolitik erwecken wollen. Dann dürfte er aber auf die Unterstützung der Demokraten angewiesen sein, weil ihm perspektivisch nur etwa Zweidrittel seiner Fraktion bei großen Kompromissen mit Präsident Obama zu folgen bereit sein dürfte.

7. Die Wahlen zum Senat: Leichte Zugewinne der Demokraten

Im Senat konnten die Demokraten in den Wahlen 2012 nicht nur ihre als gefährdet erachtete Mehrheit verteidigen, sondern sogar noch zwei Sitze hinzugewinnen. Insgesamt werden sie im 113. Congress über 53 Sitze verfügen. Da Bernie Sanders (Vermont) als Unabhängiger mit der Fraktion der Demokraten stimmt und der neu gewählte, parteilose Angus King (Maine) sich ebenfalls der Demokratischen Fraktion zuordnen könnte, ist es denkbar, dass der alte und neue *Senate Majority Leader* Harry Reid (D-Nevada) in der nächsten Legislaturperiode des Congress über 55 Stimmen verfügt.

Reid feierte das Ergebnis der Wahlen denn auch als überzeugenden Sieg der Demokraten und ihres Präsidenten Obama, der für vier weitere Jahre im Amt bestätigt wurde (vgl. Punkt 5). „We had an overwhelming election of the President", so Reid, der hinzufügte, „we picked up seats in the Senate, we picked up seats in the House. That is not the status quo".

Tatsächlich ist es den Republikanern im Senat nicht gelungen, einen Mehrheitswechsel herbeizuführen. Allerdings verfügen sie mit 45 Sitzen über eine komfortable Sperrminorität, um dem Präsidenten und seiner Partei im Zuge des *Filibuster* das Regieren politisch weiterhin schwer zu machen.

Nach der Geschäftsordnung des Senats ist eine Dreifünftel-Mehrheit (60 Stimmen) erforderlich, um eine Blockade durch *Filibuster* zu beenden. Von dieser so genannten *Supermajority* ist die Demokratische Mehrheit im Senat aber im 113. Congress aber deutlich entfernt.

Dass die Republikaner nicht vor einer Blockade durch *Filibuster* zurückscheuen werden, hat *Senate Minority Leader* Mitch McConnell (R-Kentucky) schon angekündigt. „The voters have not endorsed the failures or excesses of the President's first term", so McConnell. „They have simply given him more time to finish the job they asked him to do together *with a Congress that restored balance to Washington* after two years of

Congress Report, ISSN 0935 – 7246 - http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report -
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

one-party control (Hervorhebung durch die Redaktion)". McConnells Worten ist zu entnehmen, dass er bereit ist an der scharfen parteipolitischen Polarisierung festzuhalten, auch wenn dies fortgesetzten Stillstand, beziehungsweise „Gridlock" bedeutet.

Mehrheitsführer Harry Reid (D-Nevada) hat mit Blick auf die perspektivische Blockadepolitik der Republikaner in der nächsten Legislaturperiode des Congress eine „Filibuster-Reform" in Aussicht gestellt. „I think the rules have been abused", so Reid, der hinzufügte, „we're not going to do away with the filibuster, but we're going to make the Senate a more meaningful place, we are going to make it so that we can get things done". Ob er sich mit dieser Absicht allerdings am Ende wird durchsetzen können, bleibt abzuwarten.

Sitzverteilung im Senat im U.S. Congress (Stand Anfang Dezember 2012)

	112. Congress	**113. Congress**
Demokraten	51	53 (+ 2)
Republikaner	47	45 (- 2)
Unabhängige	2	2
Insgesamt	100	100

Wie erfolgreich sich die Demokraten in den Senatswahlen behaupten konnten, unterstreicht die Tatsache, dass kein einziger Amtsinhaber der Demokraten, der sich um eine Wiederwahl bemühte, abgewählt wurde.

So wurden für die Demokratische Partei im Amt bestätigt: Dianne Feinstein (California), Tom Carper (Delaware), Bill Nelson (Florida), Ben Cardin (Maryland), Debbie Stabenow (Michigan), Amy Klobuchar (Minnesota), Claire McCaskill (Missouri), Jon Tester (Montana), Bob Menendez (New Jersey), Kirsten Gillibrand (New York), Sherrod Brown (Ohio), Bob Casey (Pennsylvania), Sheldon Whitehouse (Rhode Island), Maria Cantwell (Washington), Joe Manchin (West Virginia) und Herb Kohl (Wisconsin).

Neu zogen für die Demokraten in den Senat ein: Christopher S. Murphy (Connecticut), Mazie Hirono (Hawaii), Joe Donnelly (Indiana), Elisabeth Warren (Massachusetts), Martin Heinrich (New Mexico), Heidi Heitkamp (North Dakota), Tim Kaine (Virginia) und Tammy Baldwin (Wisconsin).

Christopher Murphy, der sich um die Nachfolge des Unabhängigen Joe Lieberman in Connecticut bewarb, konnte sich gegen die Republikanerin Linda McMahon durchsetzen. In Indiana gelang es Joe Donnelly den Republikanern jenen Sitz abzujagen, der über mehrere Jahrzehnte von Richard R. Lugar gehalten wurde, der bereits in den Vorwahlen überraschend ausgeschieden war (vgl. Congress Report 27, 2012, Heft 3-5,

Congress Report, ISSN 0935 – 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

S. 10). In Massachusetts triumphierte Elisabeth Warren über den republikanischen Amtsinhaber Scott Brown.

Hirono (D-Hawaii), Heinrich (New Mexico), Heitkamp (North Dakota), Tim Kaine (Virginia) und Baldwin (Wisconsin) konnten Sitze im Senat verteidigen, die von Demokraten, die ihr Amt (meist aus Altersgründen) aufgaben, gehalten wurden.

Für die Republikanische Partei wurden im Amt bestätigt: Roger Wicker (Mississippi), Dean Heller (Nevada), Orrin Hatch (Utah), Bob Corker (Tennessee) und John Barrasso (Wyoming).

Neu für die Republkaner zogen nur drei Mitglieder in den Senat ein: Zum einen Jeff Flake (Arizona), dann Deb Fisher (Nebraska) und schließlich Ted Cruz (Texas).

Während Flake und Cruz im Senat Sitze übernehmen, die bereits von Republikanern gehalten wurden, gelang es Deb Fisher als einziger Republikanerin den Demokraten in Nebraska einen Sitz abzunehmen, den vorher ein Demokrat (Ben Nelson) innehatte, der aus Altersgründen ausgeschieden war. Fischer, eine Fiskalkonservative und Abtreibungsgegnerin, setzte sich gegen Bob Kerrey durch.

Der lange Zeit in Maine von der Republikanerin Olympia Snowe gehaltene Senatssitz, die aus Altersgründen ausschied, ging nicht an ihren Parteifreund Charlies Summers, sondern an den Unabhängigen Angus King. Von King ist zu erwarten, dass er sich der Demokratischen Fraktion anschließen dürfte.

Von den insgesamt 33 im Jahr 2012 zur Wahl stehenden Senatssitzen gingen also nur acht an die Republikaner, aber 24 an die Demokraten (und einer an einen Parteilosen). Damit konnten die Demokraten zumindest im Senat von den so genannten „Presidential Coattails“ profitieren.

8. Die Gouverneurswahlen: Status quo bestätigt

Zeitgleich mit den Präsidentschafts- und Congress-Wahlen Anfang November 2012 ist in zehn Einzelstaaten und zwei US Territorialgebieten (American Samoa, Puerto Rico) auch über die Besetzung der Gouverneursämter entschieden worden.

In den Einzelstaaten hatten die Demokraten zuvor den Gouverneur von Delaware, Missouri, Montana, New Hampshire, North Carolina, Vermont, Washington und West Virginia sowie in American Samoa gestellt.

Die Republikaner kontrollierten demgegenüber Indiana, North Dakota, Utah und Wisconsin sowie Puerto Rico.

Obwohl in der Hälfte dieser Einzelstaaten die amtierenden Gouverneure nicht zur

Congress Report, ISSN 0935 – 7246 - http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report -
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

Wiederwahl antraten (vier Demokraten, ein Republikaner) und somit die Ausgangskonstellationen für Herausforderer relativ günstig waren, kam es nur in einem Einzelstaat zu einem Wechsel der Kontrolle des Gouverneursamts zwischen den Parteien.

In North Carolina gewann der frühere Bürgermeister von Charlotte, Pat McCrory (R), gegen den amtierenden *Lieutenant Governor* Walter H. Dalton (D) mit ca. 54,7 Prozent (vorläufiges Ergebnis). Mitt Romney hatte in den Präsidentschaftswahlen North Carolina mit einem nahezu gleichen Ergebnis für sich entschieden.

Insgesamt zeigen die Gouverneurswahlen in den Einzelstaaten damit ein ganz ähnliches Bild wie die Präsidentschafts- und Congresswahlen: Die Bestätigung des Status Quo der parteipolitischen Kräfteverteilung mit geringfügiger Akzentverschiebung, in diesem Fall zugunsten der Republikaner.

Die Republikaner kontrollieren nun 30 Gouverneursämter, die Demokraten 20. Dies macht sehr deutlich, dass die Republikanische Partei auf den unteren Ebenen des politischen Systems ungleich stärker ist als auf der nationalen Ebene.

Traditionell bilden Gouverneurspositionen eines der besten und aussichtsreichsten Sprungbretter für künftige Präsidentschaftsbewerbungen. Insofern können die Republikaner in den kommenden Jahren auf einen großen Pool von Talenten aufbauen.

Congress Report, ISSN 0935 – 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

TECHNISCHE UNIVERSITÄT
KAISERSLAUTERN

Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempiel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

http://www.uni-kl.de/politik/